

# *Rund um den Karl-August-Platz*

SPD Charlottenburg/Wilmersdorf Rundbrief der Abteilung 76

4/2020

Kontakt zur Abteilung:

Gotthard Krupp: 3131 659; GotthardKrupp@t-online.de; Stephanie Pruschansky: 01522 – 173 2601; Stephanie.Pruschansky@t-online.de

Berlin, 21. April 2020

Liebe Genossinnen, liebe Genossen der Abteilung 76,

ich hoffe von ganzem Herzen, dass Ihr alle gesund seid und dass sich Eure Probleme „nur“ um home office, home schooling und dem Einrichten von Video- und Telefonkonferenzen drehen. Meine Gedanken sind bei Euch, weil heute die zweite Mitgliederversammlung in Folge dem Coronavirus zum Opfer fällt. Schade, dass wir uns nicht treffen, nicht die hochaktuellen Themen – Flüchtlinge in Berlin; aktueller Stand des Mietendeckels – miteinander diskutieren konnten und können. Aber ich kann Euch versichern: Diese Themen haben an Aktualität nichts verloren. Sie erfahren durch den Coronavirus eine zusätzliche Brisanz. Wir wissen noch nicht, was diese Pandemie in Afrika anrichten wird, doch eines ist jetzt schon klar: Sie wird den bisherigen Fluchtursachen eine weitere hinzufügen.

Und der Mietendeckel? In der Folge des Coronavirus gibt es jetzt schon Tausende von Familien und Alleinstehenden, von Gastronomieunternehmer/-innen und Ladeninhaber/-innen, die nicht wissen, wie sie die nächste Miete bezahlen sollen. Im Sommer wird das Bundesverfassungsgericht über die Gesetzmäßigkeit des Berliner Mietendeckels entscheiden. Meine Hoffnung ist, dass die dramatischen Folgen des Coronavirus in das Urteil der Richter einfließen werden.

Doch das Mietenproblem wird nur ein Teil der großen sozialen Verwerfungen sein, die auf uns zukommen. Es wird Hunderttausende neue Arbeitslose geben; von Firmen entlassen, die sich von Angestellten trennen, um zu überleben. Auch auf viele kleine Selbständige – ein erschreckendes Beispiel ist die Kulturbranche – wird der Gang zum Jobcenter unvermeidlich sein. Schon jetzt werden die Jobcenter mit Hartz IV-Anträgen überschwemmt, die erst mal bewilligt werden; für die Überprüfung der Ansprüche ist jetzt keine Zeit. Schon jetzt sind viele Haushalte auf die Lieferungen der Tafeln angewiesen, um genug zum Essen zu haben.

Eines wird deutlich: Unsere sozialpolitischen Instrumente werden den kommenden Anforderungen in keiner Weise gewachsen sein. Wir werden unser Sozialwesen neu strukturieren müssen, um zu verhindern, dass weite Teile der Bevölkerung ins Elend abrutschen. Ich konnte mich bislang nie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen anfreunden, für mich gehört Arbeit zu einem guten Menschenleben – doch vielleicht ist jetzt die Zeit reif, um neue Denkweisen zuzulassen.

Die SPD hat immer für soziale Gerechtigkeit gekämpft. Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik davon überzeugen wollen, dass die SPD immer noch eine wichtige Aufgabe in dieser Gesellschaft hat, dann müssen wir jetzt liefern. Die 156 Milliarden Euro, die Olaf Scholz aufwenden will, um die Folgen der Corona-Krise zu mildern, werden schnell verpuffen. Auch steht zu befürchten, dass vor allem die „Großen“ davon profitieren werden, zum Beispiel die Autoindustrie. Geld allein reicht nicht; abgesehen davon, was wir den nachfolgenden Generationen mit den gigantischen Kreditzinsen aufbürden werden. Nein, Arbeitsmarktpolitik, Hilfe zum Lebensunterhalt in jeder Lebensphase und Rentenpolitik müssen neu gedacht und zu einem gemeinsamen Konzept entwickelt werden – die Zeiten vom Drehen an kleinen Rädchen, die Zeiten von Klein-Klein sind vorbei.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, es wäre gerade jetzt so wichtig, diese Themen zu diskutieren – und wir dürfen nicht. Doch die Zeiten werden wieder besser, wir werden uns wiedersehen und unsere gewohnt lebhaften Diskussionen führen. Vielleicht habt Ihr von der einen oder anderen Abteilung gehört, dass sie Mitgliederversammlungen per Video-Konferenz durchführen. Nach reiflicher Überlegung haben Gotthard und ich beschlossen, dies nicht zu tun. Wir wollten Mitglieder unserer Abteilung nicht ausschließen, die nicht über das nötige technische Equipment verfügen oder sich mit solchen Kommunikationsformen nicht anfreunden können. Wer dennoch diskutieren will, dem kann ein Angebot gemacht werden:

Unser Mitglied Peter Voßwinkel hat über das Programm Slack eine Diskussionsplattform eingerichtet, an der jede(-r) von Euch teilnehmen kann. Nehmt mit ihm Kontakt auf; er wird Euch die Schritte zur Teilnahme erklären: E-Mail: [peevau@me.com](mailto:peevau@me.com) Handy-Nummer: 0178 / 355 77 00.

Für heute verabschiede ich mich von Euch mit dem innigen Wunsch: Bleibt gesund!  
Eure Stephanie

---

**Zuschriften: SPD-Abt.76; Goethestr. 15; 10623 Berlin**

*Liebe Genossinnen, liebe Genossen,*

auch ich hoffe, dass es Euch den Umständen entsprechend gut geht. Sehr gut verstehe ich den Wunsch nach Diskussion, der sich aber heute nur sehr schwer verwirklichen lässt. Deshalb nur einige meiner Gedanken. Sicher finden wir eine Möglichkeit, demnächst diese Diskussion wieder in der Abteilung von Angesicht zu Angesicht führen zu können. Angesichts der entstandenen Lage mit der Pandemie stellen sich viele Fragen neu.

Am 25. September 2008, also vor 12 Jahren am Beginn der Bankenkrise, war ich auf der größten Demonstration im Gesundheitswesen. 130.000 Beschäftigten waren nach Berlin vors Brandenburger Tor gekommen und auch die Arbeitgeber aus den öffentlichen Krankenhäusern demonstrierten gegen die chronische und systematische Unterfinanzierung der Krankenhäuser.

Der Präsidenten des Deutschen Städtetages und Münchner Oberbürgermeister, Christian Ude, erklärte: »*Ich staune zur Zeit jeden Tag Bauklötze, wie viel Steuergeld plötzlich für die kranken Banken da ist.*« Und er forderte die ausreichende Finanzierung der deutschen Krankenhäuser. Gekommen ist ein Rettungsschirm für die Banken, das Kaputtsparen der Krankenhäuser, Personal- und Bettenabbau und Privatisierungen, Kaputtsparen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Kommunen, blieben auf der Tagesordnung.

Und heute, nur 12 Jahre später, werden erneut unbegrenzte Milliarden, inzwischen mehr als eine Billion, mobilisiert, sehr viel mehr als bei der Bankenkrise..., nur wenige Tage dauerte es, und etwas undenkbares wurde einfach umgesetzt, die Schuldenbremse wurde ausgesetzt – nicht aufgehoben. Selbst die Maastricht-Kriterien wurden vorläufig außer Kraft gesetzt. Es war ganz einfach.

Doch wofür? Erneut ein gigantischer Schutzschirm für die privaten Unternehmen und Banken. Die kapitalistische Weltwirtschaft erstarb schon vor einiger Zeit unter dem Risiko eines jederzeitigen Zusammenbruchs des Finanzsystems, und dass die anhaltende und sich vertiefende Schrumpfung der industriellen Produktion und des Welthandels ihren Absturz in die Rezession auslösen würde. Da genügte ein Virus als Auslöser für das Aufbrechen der Krise dieses kapitalistischen Systems, für den mehrfachen weltweiten Börsenkrach. „Rettungsschirme“ für Banken und Unternehmer auf den drohenden Zusammenbruch lagen schon in der Schublade. Die Pandemie wirkt jetzt als Brandbeschleuniger. Aber der Brand war schon da.

Inzwischen sprechen alle davon, Krankenhäuser seien „systemrelevant“. Schon seit langem haben sich die Kolleg\*innen, aber auch viele Sozialdemokrat\*innen für eine **Investitionsoffensive in den Krankenhäusern, für mehr Personal in den Krankenhäusern, gegen die Tariffucht durch Privatisierung und Ausgliederung in den Krankenhäusern**, eingesetzt. Und was passiert jetzt? Was ist mit einem Schutzschirm für die Krankenhäuser, für die Kommunen, die Schulen und für die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge...?

Für die Krankenhäuser sollen die Zusatzbelastungen zum größten Teil von den Krankenkassen finanziert werden, die so geplündert werden... – oder man lässt einfach die öffentlichen Krankenhäuser pleitegehen. Der weitere Bettenabbau, die Schließungen von Krankenhäusern, die Privatisierungen sind die logische Folge.

Und schon meldet sich der Berliner Finanzsenator damit zu Wort, dass die Einnahmeverluste im laufenden Landeshauhalt „bis zu 20 %“ betragen werden. Schon wird das neue Kaputtspareprogramm für Berlin und seine Bezirke proklamiert. Es werde vor allem zum Personalabbau kommen, warnen die verschiedenen Bezirksvertreter.

Machen wir es kurz, heute werden schon die Elemente entwickelt, die die weitere Zerstörung nach sich ziehen. Das heißt, die Richtung, die eingeschlagen wird, ist grundsätzlich falsch.

Und das ist auch möglich, weil die massiven Einschränkungen von Grundrechten es so schwer macht, den gewerkschaftlichen und politischen Kampf für die Forderungen zu organisieren.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für wichtig, dass die Beschäftigten aus Charité und Vivantes, ein Sofortprogramm für die Verteidigung und die Wiederherstellung der öffentlichen Krankenhäuser als Teil der Öffentlichen Daseinsvorsorge entwickelt haben. Höhepunkt war eine von ver.di organisierte Video-Konferenz, eine Art Delegation zum Senat, zu der Michael Müller als Regierende Bürgermeister und die Gesundheitssenatorin, Dilek Kalayci, eingeladen waren, die aber nicht teilnahmen. Stattdessen nahmen 20 Abgeordnete von allen Parteien, außer der AfD, teil. Und nicht zu vergessen ca. 300 Beschäftigte. Die Abgeordneten erkannten die Berechtigung der Forderungen der Beschäftigten an. Das aber ist ein Auftrag auch an die SPD.

**Wir, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, müssen uns einmischen für die Wiederherstellung unserer Krankenhäuser.**

Mit solidarischen Grüßen

Euer *Gotthard*

P.S. Wer genauere Informationen haben will und mitwirken will, schreibe mir: [GotthardKrupp@t-online.de](mailto:GotthardKrupp@t-online.de)